

Kolumbien-aktuell

No. 435 19. August 2006

- 1. Frieden und Konflikt: Tatsachen des Friedens?**
- 2. Menschenrechte: Vom Fest zur Trauer**
- 3. Wirtschaft: Das nationale Ziel der Ausrottung der Armut**

Leitungsequipe:

Alejandro Angulo S.J., CINEP; Gabriel Izquierdo S.J., Redunipaz
Carlos Salgado, PLANETA PAZ; Camilo Castellanos, ILSA

Direktion:

Natalia Rey

Redaktion:

Alejandro Angulo S.J.; Natalia Rey; Camino Tamayo

Gestaltung der Website:

www.actualidadcolombiana.org

e-mail: actualidadcolombiana@cinep.org.co

Übersetzung ins Deutsche und Versand in Europa:

Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Postfach 7004, CH-6000 Luzern 7 / Schweiz

e-mail: askluzern@datacomm.ch; Internet: www.kolumbien-aktuell.ch

1. Frieden und Konflikt: Tatsachen des Friedens?

Präsident Uribe erklärte am 7. August in seiner Antrittsrede seinen Willen, den Frieden zu erreichen. Doch er habe auch Angst, den Frieden nicht zu erreichen, dafür aber an Sicherheit einzubüssen. Der Artikel analysiert die Antrittsrede von Präsident Uribe und die neuen Möglichkeiten, die sich abzeichnen.

Von Jorge Rojas, Präsident von Codhes

In seiner Rede zur Eröffnung seiner zweiten Amtsperiode sagte Präsident Uribe, er habe den Willen, den Frieden zu erreichen und betonte, „dafür nur Tatsachen zu fordern“. Und er meinte, dass die „demokratische Konnotation der Sicherheit“ ein unumkehrbarer Schritt in diese Richtung sei.

Er sprach nicht von der demokratischen Sicherheit, sondern von der *demokratischen Konnotation* der Sicherheit. Steckt dahinter etwa ein Sicherheitsmodell im Rahmen von Demokratie und der Respektierung der Menschenrechte? Dies wäre eine Tatsache des Friedens, die beinhalten würde, die Politik der demokratischen Sicherheit zu überdenken, deren Resultate ein völliges Scheitern zeigen, wenn man die Einschränkung von Freiheitsrechten, die gewaltsamen Vertreibungen, die willkürlichen Verhaftungen und andere Ausdrücke der ungelösten humanitären- und

Menschenrechtskrise, wie auch die Verlängerung des Krieges, die Ausbreitung des Drogenanbaus und die Fragmentierung der Drogenkartelle berücksichtigt.

Sicherheit und Frieden sind kein Widerspruch, sondern sie ergänzen sich. Die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht bilden die Verbindung zwischen Sicherheit und der Suche nach Frieden. Auf diesem Weg ist die reine Friedensrhetorik überwindbar, wie auch der „Skeptizismus, welcher den Weg der Annäherungen blockiert“, wie Uribe in seiner Rede sagte.

In dieser Richtung ist aber auch ein anderes Friedenszeichen unabdingbar: Ein humanitäres Abkommen, das in erster Linie erlauben würde, dass die vom Staat gefangen gehaltenen und die sich in der Gewalt der Guerilla befindlichen Personen freigelassen werden. In zweiter Linie würde mit einem solchen Abkommen ein minimales Vertrauen geschaffen, um mit einem nicht mehr rückgängig zu machenden Friedensvorschlag voran zu kommen. Mit der Freilassung der sich in der Gewalt der Guerilla befindlichen Offiziere und Unteroffiziere würde sich die Armee für ihre „Mission entschädigt sehen, die BürgerInnen zu schützen“ und es würde eine Unterstützung der BürgerInnen für den Dialog und die politische Lösung des Konfliktes geschaffen.

Der Präsident hat Recht, wenn er sagt, dass „inmitten der Gewalt der Dialog sich abnutzt und die Friedenssuche die Aufgaben der legitimen Armee demotiviert“. Daher ist eine gegenseitige Einstellung der Feindseligkeiten und die Schaffung von Bedingungen und Garantien für einen unumkehrbaren Friedensprozess zwischen Regierung und Guerilla notwendig.

Der Präsident hat Angst davor, den Frieden nicht zu erreichen, dafür aber im Bereich der Sicherheit Rückschritte hinnehmen zu müssen. Dies ist ein falscher Widerspruch, denn die Förderung einer politischen Lösung ist Teil eines Sicherheitsmodells, in dem der Dialog und die Verhandlung Platz haben. Der Präsident hat Recht, wenn er sagt, der Friede brauche Aufrichtigkeit, allerdings gilt dies nicht nur für die Guerilla, sondern auch für die kolumbianische und die us-amerikanische Regierung und die Führungsklasse Kolumbiens. (Im Caguán konnte die Regierung nicht verhandeln und die Guerilla wollte nur Gespräche führen.) Mehr Angst ruft die Möglichkeit einer ausschliessenden Verhandlung zwischen den beiden bewaffneten Konfliktparteien hervor, ohne die Opfer und die Gesamtheit der Zivilgesellschaft miteinzubeziehen.

In Bezug auf die Paramilitärs – ohne diese jedoch zu benennen – anerkannte der Präsident eine „in vielen Fällen ungerechte“ Grosszügigkeit (eine späte Anerkennung des Fehlens von Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung). Und im folgenden Abschnitt meinte Uribe, dass es einen Spielraum des Verständnisses in der Gesellschaft gibt, wenn „die Tatsachen den guten Willen und die Ehrlichkeit der Begünstigten beweisen“ (was mit einigen paramilitärischen Gruppen genau nicht geschehen ist).

In der Rede tönnte der Präsident auch den „gewaltsamen Zusammenprall der politischen Ideen“ an, wobei er auf die „Kombination aller Formen des Kampfes, die Schwäche des Staates, dies zu bekämpfen und die ebenfalls gewaltsame und illegitime Reaktion, gegen das staatliche Fehlen vorzugehen“ verwies. Die Botschaft zielt auf die Provokation einer Reaktion der Guerilla ab, als eine Form, öffentlich nach möglichen privaten Annäherungen zu suchen.

Man muss in der Antrittsrede von Uribe wie auch in den Mitteilungen der Guerilla und den Ereignissen des Krieges Positionen suchen, die für die eine wie die andere Seite bei möglichen Friedensprozessen eine Rolle spielen.

Es gibt drei mögliche Szenarien:

1. **Bruch:** Der Prozess mit den Paramilitärs der AUC wird abgebrochen. Es werden keine Verhandlungen mit dem ELN aufgenommen und die FARC spricht nicht mit Uribe (auch nicht für ein humanitäres Abkommen).

2. **Teilverhandlungen:** Der Prozess mit den AUC geht weiter (es stehen viele öffentliche und private Interessen auf dem Spiel), es beginnen Verhandlungen mit dem ELN (Was wird verhandelt?), doch die FARC bleibt einer politischen Verhandlung fern (obwohl ein humanitäres Abkommen erreicht werden könnte).
3. **Gleichzeitige Verhandlungen:** Zusätzlich zu den Verhandlungen mit den Paramilitärs der AUC und der Guerilla des ELN eröffnet die Regierung einen Verhandlungstisch mit der FARC, nachdem ein „humanitärer Austausch“ vereinbart und umgesetzt worden ist. Es wäre das erste Mal in der Geschichte des bewaffneten Konfliktes in Kolumbien, dass die Regierung mit allen Kriegsakteuren verhandelt.

Doch es gibt schwere Bedrohungen bei allen drei Szenarien:

- a) Die zunehmenden Intervention der USA über den Plan Colombia und den Plan Patriota.
- b) Das Freihandelsabkommen (TLC) mit den USA.
- c) Ein präsidiales Regime, welche dazu neigt, sämtliche Macht auf sich zu konzentrieren (Oberster Gerichtshof, Staatsrat, Oberster Gerichtsrat, Verfassungsgericht, Nationaler Wahlrat, Nationaler TV-Rat, Direktion der Nationalbank, Kontrollstelle, Aufsichtsbehörde, Staatsanwaltschaft, Ombudsstellen und Kongress).
- d) Die Steuerreform, die Regelung der Ausgleichszahlungen an die Gemeinden und Departements und die Privatisierung von Ecopetrol, dem staatlichen Sozialinstitut und anderen staatlichen Unternehmen und die Entwicklung eines Wirtschaftsmodells, welches den Reichtum konzentriert und die Verarmung der Bevölkerungsmehrheit beschleunigt.

Auf welches Szenario soll die Zivilgesellschaft setzen und wie die erwähnten und weitere Hindernisse für den Frieden ausräumen? Paradoxerweise ist es einfacher, vom Krieg zu reden. Die Herausforderung besteht jedoch darin, politische Szenarien für den Frieden zu schaffen.

Die Permanente Versammlung der Zivilgesellschaft für den Frieden hat zu ihrer 5. Generalversammlung aufgerufen. Dabei hat sie konkrete Vorschläge eingebracht, wie bei den Gemeinde- und Departementswahlen von 2007 ein nationales Plebiszit zur Einforderung der Einstellung der Feindseligkeiten, der Respektierung der Zivilbevölkerung und zur Aufnahme von Friedensgesprächen durchgeführt werden kann.

Die Versammlung, die aus verschiedensten Kreisen der Zivilgesellschaft zusammengesetzt ist, forderte die lateinamerikanischen Länder auf, eine Art „Contadora-Gruppe“ für den Frieden in Kolumbien zu bilden. Zudem hat sie die guten Dienste des UNO-Generalsekretärs und von den Regierungen der USA und Europas erbeten, damit sie in Funktion des Friedens und nicht des Krieges handeln.

Die Rede des Präsidenten hört mit folgender Anspielung auf Frieden auf: „Frieden mit einer Form des Kampfes: dem transparenten Wettstreit der Ideen.“ Hoffentlich werden diese Absichten von wirklichen Zeichen des Friedens begleitet.

2. Menschenrechte: Vom Fest zur Trauer

Als eine festlich-fröhliche Stimmung bestand und alle sich auf das Patronatsfest der Maria del Carmen vorbereiteten – dem traditionellsten Fest von Riosucio im Chocó – wurde die Nachricht von der Ermordung von einer unbestimmten Zahl von Sägereiarbeitern am Truandó-Fluss durch die FARC bekannt. Dieser Übergriff der Guerilla in einer Zone, in der die Paramilitärs ihre wirtschaftliche Macht konsolidiert haben, erfüllt diese vom bewaffneten Konflikt gebeutelte Region mit Ungewissheit.

Von Daniel Ruiz und Cesar Acosta, Forscher am CINEP

Während der neun Tage, welche dem Patronatsfest Maria del Carmen voraus gehen, bereitet sich jeder Ortsteil von Riosucio im Departement Chocó auf diese Festlichkeiten vor. Im Morgengrauen

und am Abend ziehen bunte Umzüge mit Musik, Tanz und Gesängen durch die Strassen. Diese Umzüge sind im Chocó unter dem Begriff *BUNDE* bekannt. Der morgendliche Umzug (Bunde) beginnt vor dem Morgengrauen um 4 Uhr. Beim abendlichen Bunde bereitet immer ein Ortsteil einen Umzug mit Verkleidungen und Gesängen vor, zudem gestalten sie einen szenischen Wagen, auf dem meist ein alltägliches Ereignis dargestellt wird, wobei diese Darstellungen meist eine hohe Dosis an politischer Kritik an den Regierenden beinhalten.

Ziel dieser Umzüge ist es, die Stimmung für das Patronatsfest vom 16. Juli aufzubauen. An diesem Festtag trägt der Ort Festkleidung und schmückt seine Patronin. Die Verehrung der Maria del Carmen ist im Chocó alt und die Sachverständigen meinen, dass diese Figur von der afrikanischen Diaspora leicht als eine Bantú-Göttin angesehen werden konnte. Im Unterlauf des Atrato ist dieses religiöse Fest das wichtigste Ereignis, so in den Orten Riosucio, Vigía del Curbaradó und La Grande.

In Riosucio hat der Bürgermeister die Pflicht, für dieses Fest einen beachtlichen Teil des Budgets zu reservieren. Wie bei allen kolumbianischen Festen wird auch hier ein Schönheitswettbewerb organisiert und den Abschluss bildet ein Konzert mit irgendeinem Stern der modernen Vallenato-Musik. Doch dieses Jahr konnte das Fest nicht vollständig durchgeführt werden und nach dem Bekanntwerden der Verschleppung und nachträglichen Ermordung von mehreren Holzfällern durch die FARC im Taparal-Fluss – einem Zufluss des Truandó – wurden jeglichen Aktivitäten abgesagt.

Die Trauer

Die Ereignisse begannen am 11. Juli 06, als eine Gruppe von Guerilleros der FARC zu den Niederlassungen der Holzfäller im Taparal-Fluss vordrangen und rund 170 Personen festnahmen. Die darauf folgenden Versionen über die Ereignisse waren ziemlich konfus. In Riosucio wurde gesagt, dass eine Gruppe der FARC zu den Lagern der Holzfäller vorstieß, alle Personen zurückhielt, einige Nachforschungen anstellte und dann mehrere Personen verschleppte. Im Bericht des Gemeindeombudsmannes heisst es: „Die FARC-Guerilla versammelte alle Personen, wählte sechs Personen aus, nachdem sie einige Nachforschungen und Telefonate geführt hatte, danach wurden diese gefesselt, als Kollaborateure der Paramilitärs bezeichnet und ermordet (enthauptet). (...) Die am folgenden Tag freigelassenen Holzfäller versammelten sich im Ort Rancho Quemado mit weiteren rund 70 Arbeitern, die ebenfalls von der Guerilla festgehalten worden waren und denen die Maschinen, der Treibstoff und die Essensvorräte von der Guerilla gestohlen worden waren. Hier erfuhren sie von weiteren 7 Ermordungen (Enthauptungen), wobei die Leichen der Ermordeten in einem fortgeschrittenen Stadium der Verwesung noch heute im Taparal-Fluss liegen.“ (Personería von Riosucio, 17. Juli 2006)

Dieser Übergriff der Guerilla in einer Zone, in der Paramilitärs des Blockes Elmer Cardenas ständig präsent sind, rief allgemein unter der Bevölkerung grosse Angst hervor, mehr aber noch unter jenen einheimischen und zugewanderten Personen, welche in einem Geschäft arbeiten, das von den Paramilitärs kontrolliert wird: Dem Holzschlag. Die Ausbeutung und der Handel mit Holz wird im Unterlauf des Atrato völlig irrational geführt und zählt mit der Zustimmung (in anderen Fällen mit der Ohnmacht) der Umweltbehörden. Diese besorgniserregende Situation wurde wiederholt von den sozialen Organisationen und der Ombudsstelle selber angeklagt, welche dazu auch im Jahr 2003 einen Bericht zu Handen des Verfassungsgerichtes schrieb. Die Ermordung dieser 13 Personen verdient unsere völlige Abscheu. Doch um die Komplexität der Ereignisse zu verstehen, ist es angebracht, die Form der Holzausbeutung in dieser Region des Truandó zu beschreiben.

Nach dem gewaltsamen Einfall der ACCU (Bäuerliche Selbstverteidigungsgruppen von Cordoba und Urabá) im Unterlauf des Atrato im Jahr 1996, konsolidierten die Paramilitärs ihre territoriale Kontrolle über die Region. Mit der Zeit blieb die paramilitärische Einheit Elmer Cardenas, welche vom Chef „El Alemán“ befehligt wird, in der Region. Diese Einheit begann sofort in die Wirtschaft

einzudringen und rentable Alternativen zum Drogenhandel und zur Einforderung von Schutzgeldern zu entwickeln. Der Holzhandel ist seit Generationen der wichtigste Wirtschaftszweig des Unteren Atrato. Doch die Holzausbeutung folgte der Logik anderer früherer Rohstoffausbeutung, so dem Kautschuk und dem Tagua (pflanzliches Elfenbein) in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Eine Form der Holzausbeutung ist folgende: „Chefs“ rüsten eine Gruppe von Arbeitern mit Motorsägen, Nahrungsmitteln und Werkzeugen aus und beauftragen sie, ihnen das geschlagene Holz zu verkaufen, um so die Schulden für die Arbeitsgeräte zu bezahlen. Mit dieser Praxis der Verschuldung der Holzfäller sichern sich die „Chefs“ den Holzhandel unter Bedingungen, die sie selber bestimmen und durchsetzen und welche ihnen die Akkumulation und Kontrolle von Kapital erlaubt. Damit kontrollieren sie wiederum andere Handelszweige, so den Handel mit Treibstoff, Nahrungsmitteln und Werkzeugen für den Holzschlag. Heute sind es die Paramilitärs, welche das Kapital für den Holzschlag stellen und den Holzhandel kontrollieren, und zwar in dieser Form über die Verschuldung der Holzfäller oder die Einkassierung von Schutzgeldern bei Händlern.

Zusätzlich haben die Männer des paramilitärischen Chefs El Alemán in den Zonen, die sie unter ihrer militärischen Kontrolle betrachten, mit dem Holzschlag von Abarco-, Guayacanes- und Catedralwäldern (A.d.Ü.: seltene tropische Edelhölzer) begonnen. Damit haben sie das Auftauchen von neuen Zuwanderern im Atrato Unterlauf gefördert, Leuten aus Cordoba und Urabá, die auf die kollektiven Ländereien der Schwarzen Gemeinschaften vorgedrungen sind, mit der Absicht, diese Gebiete zu kolonisieren und aus dem Erbe der Schwarzen Gemeinschaften ein Geschäft zu machen. Ganze Kolonnen von Holzfällern wurden von den Paramilitärs mit Motorsägen, Benzin und Essen ausgerüstet. Lager von eben solchen Holzfällern wurden von der Guerilla angegriffen und Teil des in der oben erwähnten Form erworbenen Maschinenparks von der Guerilla entwendet.

Ein weiteres Element, das mit in Betracht gezogen werden muss, ist, dass Gebiete, in denen das Holz ausgebeutet wird, indigenen Gemeinschaften oder Schwarzen Gemeinschaften gehört, die vertrieben worden sind und die keine Zustimmung zur Ausbeutung ihrer Rohstoffe gegeben haben. Das Panorama wird noch komplexer, wenn wir bedenken, dass viele der Personen, welche heute Holz verkaufen, vor noch nicht allzu langer Zeit Milizionäre der Guerilla gewesen waren. In Riosucio wird gesagt, dass die Guerilla sich mindestens in einigen Fällen an ehemaligen ihrer Mitglieder gerächt hat. Doch die Mehrzahl der Opfer waren Personen aus der Region, welche die Arbeit ausführten, die sie schon seit Jahren machen, die aber jetzt von den Paramilitärs überwacht und kontrolliert wird.

Diese Holzfäller, welche zu militärischen Zielen erklärt worden sind, sind letztlich Personen, welche der jeweils herrschenden Macht aus völlig pragmatischen Gründen nahe stehen, nicht aus ideologischer Zustimmung. So wie es am Unterlauf des Atrato oder in jeder anderen Region des Landes geschieht, finden jene, die die Region kontrollieren oder Einfluss auf die wirtschaftlichen Aktivitäten haben – seien es nun Guerilleros oder Paramilitärs – aufgrund der Armut immer einen fruchtbaren Boden vor, damit die Leute sich vor ihre wirtschaftlichen Pläne spannen lassen, seien dies nun Ölpalmlantagen, Holzschlag oder Kokaanbau.

Einige Fragen, die im Hintergrund bleiben und die dazu beitragen können, die Frage nicht noch mehr zu polarisieren, sind: Welche Verantwortung kommt den Personen zu, welche aufgrund der Umstände sich der einen oder anderen Seite – Guerilla oder Paramilitärs – nähern, um nicht die Folgen ihrer Entscheide in der makabren Logik unseres Krieges erleiden zu müssen? Werden wir je einmal fähig sein, dieses Konzept der Zivilbevölkerung, die aus dem Konflikt heraus zu halten ist, und das von den sozialen Organisationen und den Gemeinschaften ständig eingefordert wird, in die Realität umzusetzen? Es gibt Beispiele, dass dies möglich ist. Lernen die Menschen des Truandó die Lehren des Krieges nicht oder finden sie keine andere Überlebensebene oder schliesst die Friedenspolitik der Regierung die vom ewigen Konflikt bedrohte Bevölkerung nicht ein?

3. Wirtschaft: Das nationale Ziel der Ausrottung der Armut

Um ein Wachstum mit sozialer Gerechtigkeit zu haben, muss das herrschende Wirtschaftsmodell, dessen Gewinner die mächtigen Wirtschaftsgruppen und Reichen waren, substanziell reformiert werden.

Von Julian Silva-Colmenares, Direktor des Beobachtungszentrums zu Menschlicher Entwicklung der Universität Autonoma de Colombia

Zu Beginn des Jahres 2004 wurde im Obersten Wissenschaftsrat Kolumbiens auf Initiative seines Präsidenten, Dr. Jaime Posada, die Diskussion über den Beitrag und die Form der Feierlichkeiten zum 200. Jahrestag der Unabhängigkeit Kolumbiens eröffnet. Die Erinnerungsfeierlichkeiten beginnen im Juli 2010 (200. Jahre seit dem Schrei nach Unabhängigkeit) und werden im August 2019 mit der Erinnerung an die Schlacht von Boyacá enden, mit der die Unabhängigkeit von Spanien besiegelt wurde. Bei der monatlichen Sitzung des Wissenschaftsrates im April dieses Jahres, hat der Autor dieses Artikels – Julian Silva-Colmenares – vorgeschlagen, dass die Wissenschaft sich zusätzlich zur Auseinandersetzung mit der Geschichte des Landes in ihrer Analyse auch mit der Zukunft Kolumbiens befassen muss. Er reichte deshalb einen schriftlichen Vorschlag für die Arbeit an einem Nationalen Ziel ein: Das Elend auszurotten und das Realeinkommen der Familien bis 2019 zu verdoppeln.

Nach unseren ersten Berechnungen braucht es zur Erreichung dieses Ziels ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von jährlich 6,3% und ein Wachstum des privaten Konsums von jährlich 6% in den Jahren von 2005 – 2019. Dies ist nicht unmöglich, denn zahlreiche Länder haben dies erreicht. Es bräuchte aber auch eine aktive Staatspolitik zur Umverteilung des Einkommens, dies auf der Grundlage der Schaffung würdiger Arbeitsplätze, mit einer angemessenen sozialen Sicherheit und einem Reallohnanstieg, damit der Anteil der LohnempfängerInnen am BIP nicht unter 40% beträgt.

Im August 2005 veröffentlichte die Regierung das Dokument *Vision Colombia 2. Jahrhundert*, worin von einem Wirtschaftswachstum von 5,3% und einem Wachstum des privaten Konsums von bloss 4,8% ausgegangen wird. In Bezug auf die sozialen Ziele soll die Armut um 20% verringert und der Gini-Koeffizient nur von 0,56 auf 0,47 gesenkt werden. Dies ist unserer Meinung nach nicht übereinstimmend mit dem Vorschlag der Armutsbekämpfung, ausser es würde eine riesige assistenzialistische Anstrengung vom Staat unternommen, wie aus dem Dokument entnommen werden kann. Doch dies würde einen übermässigen Anstieg der Steuerbelastung voraussetzen.

Uns besorgt auch, dass *Vision Colombia 2. Jahrhundert* dem Aussenhandel eine übertriebene Bedeutung beimisst, wodurch der interne Konsum vernachlässigt wird. Wir verneinen nicht die Bedeutung der Notwendigkeit eines Wachstums und einer Diversifizierung der Exporte. Das relative Gewicht der ausländischen Nachfrage zu erhöhen, darf uns aber nicht dazu verleiten, dass die Enge des internen Marktes aufgrund des minimalen Konsums von Millionen von Haushalten, eine permanente Schwäche bleibt, mit der man nun mal leben muss. Im Gegenteil, die Überwindung dieser Schwäche durch den Anstieg des verfügbaren Einkommens in den privaten Haushalten, insbesondere bei Armen und Verelendeten, muss als eine Chance für ein merkliches und nachhaltiges zukünftiges Wachstum gesehen werden.

Andrerseits kann sich die Exportstrategie nicht nur auf Güter des Primärsektors (Produktion) beschränken, auch wenn diese ein grosses Potential haben. Die Rolle des Aussenhandels bei der Entwicklung des Landes muss auf dem Export von komplexeren Produkten beruhen, welche eine Re-Industrialisierung voraussetzen, wie auch auf modernen Dienstleistungen, die eine hohe Wertschöpfung haben.

Es ist notwendig, den Reichtum des Landes mit seinen zwei Meeren und über 3000 km Küsten, seiner strategischen geografischen Lage und dem immensen Potential an Artenvielfalt besser in die Entwicklung einzubeziehen. Es gilt von den Ländern zu lernen, welche durch innovative und kühne Vorschläge im Bereich der Produktion rasch aus Armut und Rückständigkeit herausgefunden haben, wie etwa Japan, Südkorea oder Irland.

In unserem Vorschlag zur Armutsbekämpfung beharren wir auf dem Einbezug der Armut, da die chronisch geringe Kaufkraft der Mehrheit der kolumbianischen Haushalte in Zusammenhang mit der Schwierigkeit steht, ein beachtliches und nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu erreichen.

Grund für diese Situation ist die übertriebene Konzentration von Einkommen und Reichtum, wie es Kolumbien während der ganzen Geschichte erlitten hat. In unserem Land wird der Mehrheit der Bevölkerung das elementare Recht auf die Konsumgüter, welche zu einem würdigen Leben notwendig sind, verweigert. Dieses Recht ist heute eine der wichtigsten Komponenten des modernen Konzeptes von Freiheit und menschlicher Entwicklung.

Wenn ein jährliches Wachstum des BIP von mehr als 6% und des privaten Konsums um mindestens 6% erreicht wird, so würde dies erlauben, dass gemeinsam dazu ein Anstieg der Beteiligung der LohnempfängerInnen bei der Verteilung des Einkommens erreicht werden könnte. Oder anders gesagt: Die Ausrottung des Elendes und die Besserstellung der Armen und der Mittelschicht würde nicht aus dem Geldbeutel der Unternehmer bezahlt, sondern durch die Ausweitung des internen Marktes. Die nationale Nettonachfrage – die Exporte ausgenommen – würde im Zeitraum von 2004 – 2019 von etwas weniger als 210 Billionen auf fast 450 Billionen Pesos steigen. Die Zunahme der Exporte würde im gleichen Zeitraum von 50 Billionen auf 190 Billionen Pesos steigen. So könnten als erreichbare Grundziele nicht nur die Ausrottung des Elendes (wovon mehr als 2 Mio. Haushalte betroffen sind), sondern auch die Verminderung der Armut von rund 40% der Bevölkerung und des Gini-Koeffizienten auf 0,40, die Verdoppelung des Konsums pro Kopf der Bevölkerung um nicht weniger als 7 Mio. Pesos pro Jahr (auf der Basis von 2004) erreicht werden.

Im August 2006 hat die neue Direktorin des Nationalen Planungsdepartements einen Plan zur Ausrottung der Extremen Armut angekündigt, der mit unseren Zielen übereinstimmt, die wir im Vorschlag vom April 2004 eingebracht haben. Während in Vision Colombia ein solches Ziel nicht explizit genannt worden war, scheint vieles darauf hinzudeuten, dass dies jetzt ein Hauptpunkt des Entwicklungsplans von 2007 – 2010 sein wird. Ebenfalls mit unserem Vorschlag stimmt die Ansicht überein, dass eine der notwendigen Regierungsaktionen die Verbesserung der Einkommensverteilung sein muss.

Obwohl Präsident Uribe in seiner Antrittsrede vom 7. August 06 sagte, der neue Entwicklungsplan sei ambitiöser in Bezug auf die sozialen Ziele wie Vision Colombia, muss für ein Wachstum mit sozialer Gerechtigkeit – wie er es ebenfalls in seiner Rede sagte – das herrschende Wirtschaftsmodell, dessen Gewinner grosse Wirtschaftsgruppen und die Reichen sind, substantiell reformiert werden. Hier liegt unsere Sorge. Solange das Land – und nicht nur die Regierung – sich nicht für eine Entwicklung engagiert, welche das Wohlbefinden der armen Familien und der Mittelklasse zum Hauptziel macht, und zwar mit messbaren Zielen, bleiben diese Vorschläge reines Geschwätz.